Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

[illegible]

Nr. 228 — Freitag, den 1. Oktober 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Homme Libre glaubt zu wissen, die Volksabstimmung in Oberschlesien sei für November vorgesehen.

Die Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister ist verschoben worden. Es wird von authentischer Seite bestätigt, daß eine Vorlage für eine Zwangsanleihe nicht eingebracht wird.

Die Morning Post meldet aus Riga: Die polnische Delegation hat den russischen Abänderungsvorschlägen zum Vorfriedensvertrag zugestimmt. Der Waffenstillstand steht vor seiner Unterzeichnung.

Dem Besuche des Reichskanzlers in München werden, wie von dort berichtet wird, noch Besprechungen mit anderen Reichsministern folgen.

Der Höhepunkt in Brüssel.

Der Höhepunkt der Brüsseler Hauptverhandlung ist durch die Rede des deutschen Vertreters Bergmann und des amerikanischen Delegierten Boyden eigentlich schon überschritten. Was noch kommt, ist die Kleinarbeit in den Kommissionen und die politische Ausmünzung der vorgetragenen Tatsachen. Die Ausführungen des Staatssekretärs Bergmann, die wegen ihres guten Französisch auf die Belgier Eindruck gemacht zu haben scheinen, sind von der neutralen Presse aber auch von den Ententezeitungen, mit Ausnahme der französischen, mit überraschend lebhaftem Beifall begrüßt worden. Aber geben wir uns keinen Täuschungen hin: doch nur wegen des optimistischen Grundtones. Man hatte ein wehleidiges Lamento, einen Aufschrei Deutschlands erwartet und man erlebte eine gelassene sachliche Darstellung von Zahlen, deren dunkle Farben mit Absicht mild getönt wurden durch den Hinweis auf die Erzbergersche Steuerreform, von der die Reichsregierung immer noch das Heil erwartet. Wenn man aus den Steuern des Jahres 1920 einen Eingang von mehr als 37½ Milliarden Mark erhofft, also fast den Betrag der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes (39½ Milliarden), so ist das eine Ansicht, die dem fernerstehenden Ausland Vertrauen einflößen mag. Im Inlande findet sie bekanntlich bei vielen Kennern der Lage Widerspruch.

Staatssekretär Bergmann nannte die finanziellen Verhältnisse Deutschlands trotz der überaus unerfreulichen Entwicklung nicht verzweifelt. Mag sein, daß bei solcher Hoffnungsfreudigkeit die Absicht mitspielt, die Vertreter der anderen Staaten nur erst mal an den Verhandlungstisch der Kommissionen zu bringen, ihr Mißtrauen zu überwinden, zu Hause in Deutschland sind weite Kreise jedenfalls anderer Ansicht und blicken sehr trübe in die Zukunft. Im übrigen hat das Auftreten Bergmanns bei fast allen Parteien Deutschlands sympathisch berührt und man erfährt mit Genugtuung, daß der Staatssekretär die deutschen Interessen auch in der Brüsseler Kommission zur Behandlung der öffentlichen Finanzen vertreten wird. Ueberaus wohltuend wirkte in den politischen Kreisen Deutschlands auch die Ansprache des einzigen amerikanischen Delegierten Boyden. Er sprach zwar nur für seine Person, er will seine Regierung nicht damit gebunden wissen. Aber das ist ja allgemeiner Grundsatz in Brüssel. Amerika — das war wohl der Sinn seiner Rede — hält von der Wohltätigkeit gegenüber dem notleidenden Deutschland wenig und von den Handelsbeziehungen alles. Die jetzt noch so schwachen Geschäftsverbindungen werden sich sofort erweitern und verstärken, wenn der politische Kredit steigt, wenn wieder Einigkeit zwischen den Staaten Europas keimt, wenn die Rivalität abnimmt, wenn die starren Grenzen und Zölle fallen, wenn die Sieger den Besiegten die Hand reichen. Wir Amerikaner hoffen, daß Europa verstehen wird, daß die Zusammenarbeit aller Nationen die grundlegende Voraussetzung für den Wiederaufbau ist. Das war allen aus dem Herzen gesprochen, die die Rettung Deutschlands wollen, und es klang fast wie eine an Frankreich gerichtete Drohung.

In Frankreich ist mit Eröffnung der Brüsseler Konferenz der Mann an die Spitze des Staates getreten, dessen Politik bewußt und taub gegen alle Bedenken auf den Schein von Versailles steht und damit die Zusammenarbeit der Nationen unmöglich macht. Sein Ziel ist die Aussaugung Deutschlands bis zur letzten Wiedergutmachungsmillion, mag dabei auch das Arbeits- und Kulturvolk zugrunde gehen. Zur Stunde, da der Amerikaner Boyden in Brüssel so vernünftige Worte sprach, empfing Millerands Schildknappe, Ministerpräsident Leygues, in Paris die Vertreter der Presse, um ihnen zu sagen, Frankreich sei zu keinen weiteren Zugeständnissen bereit. Und der frühere Finanzminister Klotz mußte eine Rede halten, worin er betonte, daß Frankreich am Ende seiner Konzessionen hinsichtlich des Vertrages von Versailles sei. Am Ende der Konzessionen! In Deutschland wartet man noch immer auf den Anfang. Je weiter die Brüsseler Konferenz ins Fahrwasser brauchbarer Vorschläge gerät, desto heftiger wird die Pariser Preßhetze. Jetzt kann man schon in sämtlichen von Millerand beeinflußten Zeitungen lesen: Wenn Deutschland schlechten Willen zeige, zu bezahlen, dann müsse sich Frankreich an der Besetzung des Ruhrgebiets schadlos halten. Frankreich hat es auch erreicht, daß der Botschafterrat Stellung gegen die etwaige Autonomie Oberschlesiens nimmt. Feindseligkeit und Gehässigkeit auf der ganzen Linie! Glauben die Pariser Rachepolitiker damit auf die Dauer gegen eine Welt dämmernder Einsicht, wie sie sich in Brüssel zeigt, erfolgreich anzukämpfen?

Sonderbesprechungen in Brüssel.

Nach einer Brüsseler Soir-Meldung haben am Dienstag die belgischen Delegierten mit den deutschen separat konferiert. Dem Secolo zufolge hätten sich die Belgier bereit erklärt, die deutschen Finanzvorschläge in Genf zur Erörterung zu stellen. Dem Soir zufolge wird die Konferenz Ende nächster Woche sich vertagen. Nach einem Reuter-Bericht aus Brüssel hat der Vortrag des deutschen Staatssekretärs Bergmann zu einer Sondersitzung der Alliiertendelegation am Dienstag geführt. Man habe die große Bedeutung der Bergmannischen Darlegung nicht verkannt, anderseits aber auch sich dahin geeinigt, daß das deutsche Exposé nicht unwidersprochen bleiben dürfe.

Zurückweisung deutscher Forderungen.

Die Konferenz der Botschafter hat eine Reihe von deutschen Forderungen wegen des Saargebietes, wegen der Besetzung des linken Rheinufers, wegen der Anwendung der französischen Zeit, endlich wegen Verhaftungen, die die alliierten Behörden vorgenommen haben, [illegible].

Das Reichsgericht über die Kriegsverbrechen.

Ueber den Stand der Untersuchung des Reichsgerichts über die von der Entente erhobenen Beschuldigungen wegen angeblich deutscher Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen hat die Deutsche Juristenzeitung von wohlunterrichteter Seite bemerkenswerte Mitteilungen erhalten, denen wir folgendes entnehmen: Der Oberreichsanwalt hat die Verfolgung der in der Auslieferungsliste der Entente vom 7. Februar 1920 bezeichneten Personen alsbald eingeleitet, soweit das bei der Ungenauigkeit der Angaben möglich war. Diese Ungenauigkeiten haben die Entente veranlaßt, am 7. Mai 1920 eine kleine Liste unter dem Titel: Erste Liste der von den verbündeten Mächten zur Aburteilung durch das Reichsgericht bezeichneten Personen — zu überreichen. Diese kleinere Liste enthält 45 Namen mit genauerer Angabe der Deliktstatbestände. Sie bildete am 9. Juli 1920 in Spa den Gegenstand der Verhandlung zwischen den deutschen und den ausländischen Vertretern. In Spa ist vereinbart worden, die Tätigkeit des Oberreichsanwalts und des Reichsgerichts solle sich zunächst und vor allem darauf richten, die in der kleineren Liste aufgeführten Straftaten aufzuklären. Die deutsche Justiz solle völlig unabhängig verfahren und die Verantwortung allein tragen. Die Vertreter der fremden Staaten erklärten, daß sie in erster Reihe nicht Verurteilung, sondern Aufklärung und Gerechtigkeit verlangten. Sie hätten Vertrauen zum Reichsgericht. Komme es zu der Ansicht, ein Beschuldigter sei unschuldig, so solle es freisprechen; nur wünschten sie überhaupt ein baldiges Urteil. Der Oberreichsanwalt hat auf Grund der in Spa gepflogenen Unterredungen, an denen ein Vertreter des Oberreichsanwaltes teilnahm, seine Arbeit zunächst auf die in der kleinen Liste aufgeführten Fälle konzentriert. In 33 Fällen hat er neuerdings Ersuchen an die fremden Behörden ergehen lassen, in denen unter Darlegung des seither ermittelten Sachverhaltes und der einschlägigen deutschen Rechtsverhältnisse um Ueberlassung des im Auslande etwa vorhandenen Beweismaterials, um dessen Ergänzung nach bestimmten Richtungen und gerichtliche Vernehmungen etwa noch vorhandener, bisher nicht vernommener Zeugen ersucht wird. In den übrigen Fällen stehen dem Verfahren zurzeit besondere eigenartige Schwierigkeiten entgegen. Nach dem Gange der Dinge besteht kein Zweifel, daß die deutsche Justiz das Vertrauen, das die ganze Welt in sie setzt, rechtfertigen und damit die Gefahr der Auslieferung deutscher Staatsbürger endgültig beseitigen wird.

Lockerung der Zwangswirtschaft für Zucker.

Ein Pfund Zucker kostet künftig 5,50 Mark.

Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen öffentlichen Sitzung, die vom Postminister Giesberts geleitet wurde, eine Verordnung über Zucker und Melasse mit Mehrheit an. Der Entwurf wird vielfachen Wünschen von Landwirtschaft, Handel und Industrie auf Abbau der Zwangswirtschaft des Zuckers gerecht. Eine völlige Freigabe der Zuckerwirtschaft kann nach Ansicht der Regierung nicht erfolgen. Jedoch tritt nunmehr ein Abbau insofern ein, als die Zwangsbewirtschaftung der Zuckerrüben fallen gelassen und die Bewirtschaftung der Melasse aufgehoben wird. Landwirtschaft und Industrie sollen also künftig in der Verfügung über Rüben und Melasse nicht mehr beschränkt werden. Von der hierdurch ermöglichten größeren Bewegungsfreiheit der Landwirtschaft erhofft die Regierung eine Stärkung der Neigung zum Zuckerrübenbau. Auch die Einfuhrzentralisation für Zuckerrüben wird aufgehoben. Der Preis für den Zentner Rüben wird 20 M betragen. Der Rohzuckerpreis ist auf 210 M für den Zentner festgesetzt. Der Preis von 210 M soll als Einheitspreis gelten. Die seitherige Festsetzung eines besonderen Rohzuckerpreises für jede einzelne Fabrik kommt also in Wegfall. Für die unter ungünstigeren Verhältnissen arbeitenden rheinischen und süddeutschen Fabriken soll aber ein Ausgleich eintreten durch einen Aufschlag von fünf und sieben Prozent auf den Einheitspreis. Als Grundpreis für den Zentner Verbrauchszucker, der aus den Fabriken bezogen wird, gilt 275 M. Dazu kommt aber ein Aufschlag von 5 M für den Zentner. Die hiernach aufkommenden Beträge sind für Zwecke der Zuckerwirtschaft zu verwenden, um etwaige Schwierigkeiten, unter denen die Zuckerindustrie erfahrungsgemäß zu leiden hat, erforderlichenfalls beseitigen zu können. Etwaige Ueberschüsse aus dem Zuschlagsfonds würden öffentlichen Zwecken zuzuführen sein. Unter Berücksichtigung des Zuschlags ist der Preis für gemahlenen Melis durch Verbrauchszuckerfabriken auf der Grundlage von 280 M für den Zentner ohne Sack ab Magdeburg einschließlich der Verbrauchssteuer bei Belieferung bis zum 31. Dezember 1920 festgesetzt. Bei späteren Lieferungen erhöht sich der Preis am 1. jedes Monats um 2,60 M. Im Großhandel sind Zuschläge von 20 M für den Zentner unter Berücksichtigung für Frachtkosten usw. zugestanden. Bei den neuen Preisen würde, wie es in der Begründung der Verordnung heißt, das Pfund Zucker im Kleinhandel etwa 5,50 Mark kosten. Die Verordnung soll bereits am 1. Oktober in Kraft treten.

Der Reichsrat genehmigte ferner eine Verordnung über Aenderung der Postordnung, dahingehend, daß die höchste Wertgrenze für Nachnahmepakete von 1000 auf 5000 M erhöht wird. Die Regierung hatte nur 3000 M vorgeschlagen, die Ausschüsse des Reichsrates aber haben diese Summe noch erhöht. Die Aenderung gilt nur für den Ortsbestellbezirk, nicht aber für den Landbestellbezirk, und zwar aus Gründen der Sicherheit.

Kleine politische Meldungen.

Die großen Steuerpläne. Ueber die in Vorbereitung befindlichen neuen Reichssteuern machte in einer Versammlung der Spandauer Mehrheitssozialisten ein Parteifunktionär Mitteilung, daß sich unter den neuen Steuern eine erweiterte Besitzsteuer, eine Wohnungssteuer und eine erhöhte Steuer auf Wertpapiere befinde. Diese Steuern bilden aber nur einen kleinen Teil des großen Steuerprogramms, das 15 Milliarden Mark neue Steuern im Jahre einbringen soll und dessen Durchführung die Teilnahme der Mehrheitssozialisten an der Regierung zur Voraussetzung haben würde.

Festsetzung eines Nennungsschlusses für die Abstimmungsberechtigten. Die eisenbahntechnischen Vorbereitungen zur Bewältigung des riesigen Personenverkehrs anläßlich der oberschlesischen Abstimmung, für die etwa 300 000 Menschen nach ihren Heimatorten und zurückbefördert werden müssen, zwingen die für den Transport maßgebenden Stellen zur Festsetzung eines Nennungsschlusses, der auf den 15. Oktober festgesetzt worden ist. Zur Sicherung der erforderlichen Eisenbahntransporte werden daher alle Abstimmungsberechtigten nochmals gebeten, ihre Meldung bis zum genannten Datum zu bewerkstelligen.

Die angebliche Verschwendung des Reichsernährungsministers. Die gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes in der Presse erhobenen Vorwürfe, daß Gelder aus Unterstützungsfonds für den Ankauf eines Luxusautomobils und eines luxuriös ausgestatteten Zimmers verwendet worden sind, wird den Hauptausschuß des Reichstages in seiner nächsten Sitzung, die am 18. Oktober stattfindet, beschäftigen.

Organisationszwang für alle Berufe. Der Vertreter des ländlichen Kleinbesitzes im Reichswirtschaftsrat, Riggemann, hat den Antrag gestellt, die Reichsregierung zu ersuchen, ein Reichsgesetz zu erlassen, das alle Berufe verpflichtet, sich zu organisieren. Jedes Mitglied des jeweiligen Berufes ist bei Vermeidung von Strafe verpflichtet, der beruflichen örtlichen Organisation seinen Wohnort zu melden und die Mitgliedsbeiträge zu zahlen. Das Gesetz soll gleichzeitig bestimmen, daß die Berufsorganisationen konfessionell und politisch neutral sein müssen. Aus der Begründung geht hervor, daß der Antrag den Kleinbauern und Landarbeitern den Eintritt in Berufsorganisationen erleichtern soll, weil sie bisher häufig infolge ihrer Zugehörigkeit zu Berufsorganisationen gemaßregelt oder als Spartakiden beschimpft wurden.

Ausschließung eines kommunistischen Rechtsanwalts aus dem Anwaltverband. Das Ehrengericht der Anwaltskammer Düsseldorf hat gegen den aus dem Prozeß gegen die Weißenseer Kommunisten bekannten kommunistischen Rechtsanwalt Lamp, der aus Düsseldorf stammt, wegen seines Verhaltens während der Märzunruhen auf Ausschließung aus dem Anwaltverband erkannt.

Die Verteilung der deutschen Flotte. Die Botschafterkonferenz trat am Mittwoch unter dem Vorsitz von Cambon zusammen. Sie nahm von mehreren deutschen Noten Kenntnis und genehmigte die Verteilung von deutschen Schiffseinheiten, die der französischen und italienischen Flotte einverleibt werden sollen. Frankreich erhält vier große Unterseeboote, drei kleine Unterseeboote, einen großen Minenleger und einen kleinen Minenleger, ein Instruktions-Unterseeboot, fünf leichte Kreuzer und neun Zerstörer.

Eine große Schlacht am Njemen. Journal meldet aus Warschau: Am Njemen tobt eine neue schwere Schlacht, an der 16 bis 18 polnische und 22 russische Divisionen beteiligt sind. Die Bolschewisten wurden nördlich von Grodno auf Lida zurückgeschlagen. Siebentausend Bolschewisten wurden gefangen, dreißig Maschinengewehre erbeutet.

Radek gegen die Alliierten. Bei der letzten Sitzung der Sowjets hielt Radek eine erbitterte Rede gegen die Alliierten. Er sagte u. a.: Die Schöpfer des Vertrages von Versailles haben unrecht, wenn sie glauben, daß ihr verbrecherisches Werk von Bestand sein wird. Der Vertrag von Versailles wird zunichte werden, ebenso wie der russische Imperialismus zugrunde gegangen ist, und wir werden alles aufbieten, dafür zu sorgen, daß dies so rasch als möglich geschieht.

Verschärfung der Lage in Irland. Wie Telegraaf meldet, wird die Lage in Irland immer kritischer. In Drogheda wurde ein Aufruf der Hilfspolizei angeschlagen, in dem zur Kenntnis gebracht wird, daß, wenn ein Polizist in der Gegend erschossen wird, fünf hervorragende Sinnfeiner getötet werden. Der Aufruf schließt: Stellt das Niederschießen von Polizisten ein, oder wir werden jedes Haus, das von Sinnfeinern bewohnt ist, dem Erdboden gleichmachen.

Fünfundsiebzigjähriges Jubiläum der Firma Chr. Gottlieb Wellner, Auerhammer.

In unserer gestrigen Ausgabe gaben wir Mitteilung davon, daß am heutigen 1. Oktober die Firma Chr. Gottlieb Wellner, G. m. b. H., Auerhammer bei Aue, auf ihr [illegible]jähriges Bestehen zurückblicken kann. In einem festlichen [illegible] wurde heute vormittag dieses Ereignisses gedacht. In einem [illegible] Fabriksaale des Neubaues, der festlichen Schmuck trug, [illegible] Säulen mit Tannenguirlanden umwunden waren, versammelten sich um einhalb 12 Uhr die Angestellten und Arbeiter der Firma, um mit einer Anzahl von geladenen Gästen [illegible] das Jubiläum in schlichter aber würdiger Weise zu [illegible]. Unter den Gästen befanden sich Vertreter der Behörden der Stadt Aue und des Bezirks, der verschiedensten Berufskreise, [illegible] aber von Industrie, Handel und Wandel. Sie nahmen [illegible] Damen der Firmeninhaber vor dem Rednerpult [illegible] mitten von duftenden Jubiläumsgaben und Blumen[illegible].

Im Namen der Firma begrüßte Hr. Chr. [illegible] Festteilnehmer, ihnen ein herzliches Willkommen [illegible] legte Wert auf die Feststellung, daß die Firma [illegible] jährigen ihres Bestehens unter [illegible]